

Griss/Bernardini zu Dolmetschermangel bei Gerichten "Wer Rechtsstaat sagt, muss ihn auch finanzieren."

Utl.: "Wenn die Regierung verantwortungsvolle Politik für die Zukunft machen will, muss sie sich diesem wichtigen Themen widmen. Auch wenn sich das nicht durch bessere Umfragewerte bezahlt macht." =

Wien (OTS) - Bereits vergangene Woche berichteten Medien über den besorgniserregenden Rückgang bei den gerichtlichen Dolmetscher_innen. Seit 2006 halbierte sich die (von 1400 auf 720 im Jahr 2018) Zahl der gerichtlichen Dolmetscher_innen. "Damit Verfahren auch in Zukunft rasch durchgeführt werden können, muss die Justiz ausreichend ausgestattet werden. Wir müssen als Gesetzgeber jetzt reagieren und die Gebühren jetzt angleichen und Anreize schaffen, dass sich Dolmetscherinnen und Dolmetscher auch bei Gericht eintragen lassen. Wir bringen dazu heute einen Antrag ein", kündigt NEOS-Allianzpartnerin und Justizsprecherin Irmgard Griss an.

"Wer Qualität will, muss dafür Sorge tragen, dass qualifizierte Arbeit auch angemessen entlohnt wird. Nur so ist sichergestellt, dass sich auch in Zukunft ausreichend qualifizierte Dolmetscherinnen und Dolmetscher finden, um ihre Fähigkeiten in den Dienst der Rechtspflege der Republik zu stellen", ist Irmgard Griss überzeugt.

„Die gerichtlichen Dolmetscherinnen und Dolmetscher leisten einen essenziellen und verantwortungsvollen Beitrag in unserem Rechtsstaat. Ihr Übersetzungsleistungen ermöglichen der Justiz überhaupt erst, Verfahren rasch durchzuführen und Entscheidungen treffen zu können“, so Dr. Andrea Bernardini, die Präsidentin des Österreichischen Verbands der allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Dolmetscher_innen (ÖVGD).

Bernardini unterstützt den Antrag: "Die Gebührensätze des Gebührenanspruchsgesetzes, das Grundlage für die Entlohnung von Dolmetscherinnen und Dolmetscher in vielen behördlichen Verfahren ist, wurden seit dem Jahr 2007 nicht mehr erhöht. Im Jahr 2014 wurden diese sogar noch herabgesetzt. Pro Stunde verdienen sie derzeit 24 € Brutto - unsere deutschen Kolleginnen und Kollegen bekommen das Vierfache. Auch aufgrund dieser Umstände sieht sich die Branche der Dolmetscherinnen und Dolmetscher einem erheblichen

Überalterungsproblem sowie einem akuten Nachwuchsproblem konfrontiert. Es bedarf nicht nur einer Inflationsabgeltung, sondern auch einer grundsätzlichen Vereinfachung des Gebührenrechts für Dolmetscherinnen und Dolmetscher," schließt Bernardini.

~

Rückfragehinweis:

Parlamentsklub der NEOS

01 40110-9093

presse@neos.eu

<http://neos.eu>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/16170/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0162 2019-04-24/15:04

241504 Apr 19

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190424_OTS0162